Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Schriftleitung: Saarbrücken, St. Marien 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 20 und 80 · Postfach 20

DESSPAT ATQUE FOVET 1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post frei 1.70
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Frk., Reklamen 90 Pfg. · Amtliche Anzeigen 30 Pfg.

Nummer 292 — Mittwoch, den 18. Dezember 1929 — 58. Jahrgang

Die Durchführung des Sofortprogramms.

Erledigung des ersten Teiles der Finanzreform.

Der Wille zur Verständigung.

Berlin, 16. Dez. Die Durchführung des ersten Teiles des Finanzprogramms der Regierung geht weiter, also man noch den sonstigen Tempo der parlamentarischen Geschäftsgangschleppen erwarten dürfte. Die beiden Initiativgesetze des Sofort-Programms sind am Ende des Montags von sämtlichen Regierungsparteien unterzeichnet worden. Die Schwerzerhöhung für Zigaretten und Rauchtabak ist im allgemeinen nach den Vorschlägen der Regierung unterschrieben worden, und die Mehrbelastung für Zigaretten soll einheitlich Zehn bis zum 31. März 1931 betrifft. Die für die Höherung des heimischen Tabakbaues 6 Millionen Mark in den Reichsetat eingeführt werden sollen, wie es das Sofortprogramm vorsieht, ist noch nicht entschieden. Auch das zweite Initiativgesetz, das die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ermöglicht, hat die Unterschrift der Regierungsparteien gefunden. Die Beitragserhöhung soll schrittweise 6.5 v. H. betragen. Der Streit um die Befristung ist dadurch entschieden worden, daß die erhöhten Beiträge bis zum 30. Juni 1930 Geltung haben sollen.

Der endgültigen Verabschiedung der Gesetze haben dem nächsten Schwierigkeiten im Wege: nicht mehr entgegen, und wenn man Optimist sein will, dürfte der erste Gesetzgang des ersten Teiles des Finanzprogramms der Reichsregierung als ein hoffnungsvolles Zeichen begrüßen. Deutlich ist die Verständigungsbereitschaft im Lager der Sozialdemokraten und bei den eigentlichen Finanzgegnern kommen.

Offen ist noch die Frage des verschärften Zollantrags. Aber auch hier ist die Einigung nicht unmöglich, sonst der Wille zur Verständigung dadurch zum Ausdruck kam, daß auf sofortige Entscheidung bei Nichtzustandekommen der Einigung nicht verzichtet wurde. Die Zwischenzeit soll zur Verständigung ausgenutzt werden. Die Sozialdemokraten werden zu wägen wissen, daß der Weg des Zollstreites für die Landwirtschaft zu schwer sein, aber schließlich brauchte die Drohung zu nicht prinzipienfester zu werden als der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding, der heute im Plenum das Reichsetatgesetz der Zollvorlage begründet hat. Wer sich der heftigen Kämpfe der Sozialdemokratie gegen die Zollpolitik in den letzten Jahrzehnten zu erinnern weiß, wird den Vorstoß zu würdigen wissen, der heute liegt, daß es heute ein sozialdemokratischer Minister ist, der von der Reichstagstribüne aus die Notwendigkeit des Schutzes der heimischen Landwirtschaft durch eine Erhöhung der Zölle begründet.

Weitere Verhandlungen.

Berlin, 17. Dez. Die Gesetzen abend sind unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung des Reichsblockrats mit den Führern der Regierungsparteien über das Sofort-Programm statt, an der grundsätzlich auch Reichspräsident Dr. Ebert teilnahm. Die Parteiführer beratschlagten einzel über Willen, das Sofort-Programm noch im Laufe dieser Woche durchzuführen.

Schacht bei Hindenburg.

Berlin, 17. Dez. Ueber den Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht beim Reichspräsidenten berichtet das B. Z.: Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern nachmittag den Reichspräsidenten der Reichsbank und ist mit ihm über die Frage der Neuordnung der Reichsbank eingehend. Nach Beendigung der Unterredung begab sich Dr. Schacht zum Reichskanzler. In Kreisen der Reichsregierung ist man der Ansicht, daß der Ueberbrückungskredit alle gesichert ansehen kann.

Bayrische Volksparteiel und Koalition.

München, 16. Dez. Zur Abstimmung über die Beschlussfassung im Reichstag schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz: Die Gesamtfraktion der Bayerischen Volkspartei hat Stellung zu der Frage der Beteiligung der Bayerischen Volkspartei an der Regierung und der Regierungskoalition. Wenn es in der bisherigen Regierungskoalition Parteien gibt, die Wert auf Zusammenarbeit mit der Bayerischen Volkspartei legen, und im Interesse der deutschen Politik wohl für sich erhalten wollen, wenn in Bayern eine ausgesprochene Stimmung einreißt, dann ist jetzt die beste Gelegenheit gekommen, der Reichspolitik ein für Bayern eigenständiges Gepräge zu geben.

Der Reichsanleihe.

Berlin, 17. Dez. Die Reichsanleihe zum Abschluß der Reichsbahnbahn hat, wie mit von maßgeblicher Seite erfahren, wohl nicht abgeschlossen. Die Reichsregierung aber meinte, und es ist begründeter Hoffnung gegeben, daß sie in wenigen Tagen bereits sein werden, wiederum jetzt gerade, daß Reichsanleihe nicht eintreten und daß, wenn mit der Anleihe beabsichtigt wird, wenigstens nicht werden kann.

Zentrum für Koalition.

Berlin, 17. Dez. An einem Leitartikel spricht sich das Zentrumsorgan, die „Germania", für die Beibehaltung der jetzigen Regierungskoalition im Reiche offen aus. Es heißt darin u. a.:

„Wir sind nicht der Meinung, daß die gegenwärtige Koalition unter allen Umständen beibehalten werden muß, aber wenn wir aus die Kräfte ansehen, die auf beiden Seiten tätig sind, um das Werk der Bereinigung zu vollbringen, dann müßten wir sagen: Die Koalition ist besser als diese gegebenen Kräfte. Sie brauchen nicht zu verfallen, wenn sich beiden Seiten der gute Wille vorhanden wäre, im Interesse des Volkes zusammen zu arbeiten. Es ist ein besonderer historischer Vorzug, daß die Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit (Reichspräsidentenwahl) ein Licht aufgesteckt habe über die „Loyalität" der Sozialdemokratie gegenüber der Verfassung gegeben. Wir wissen nun, daß von der Rechtsseite sogenannter Konkordatsbruch, aber es leuchtet uns nicht ein, daß die Linke in Deutschland, Brüsseler mit unserer Verfassung anfängt. Wir hatten es im Gegenteil für selbstverständlich, daß alle Unterschiede einer Einigungsformel von vornherein den guten Willen mitbringen, bei ihrer Durchführung an die Grenze des Möglichen zu gehen.

Der Vorschlag hat sich dann mit der Auslassung des „Bornstedt" von der Tagesordnung erledigt. Der Kompromißvorschlag der Verfassung zu sozialer Mitarbeit verwarf die „Germania" gleich die Auslassungen Severings in einem Berliner Montagsartikel, die Bedeutung des Bornstedtes nicht zu bestreiten, und meint, wenn die Rechtsseite gewinnen würde, die Severings aber die des „Bornstedtes".

Zur Verhandlung Abendrunde heißt es:

Wie sollen wir ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im Rahmen der gegenwärtigen Koalition an sich nicht höher als die der Sozialdemokraten. In jedem Falle sei die Gegenseitigkeit, die in den Abgriffen von 14 Monaten zum Ausdruck kam, symptomatisch für die Tätigkeitsmaßstäbe, die aus den Zeiten der „Bornstedt" herrührt.

Das Ziel erreicht nach einem Zusammenbruch der gegenwärtigen Koalition den unausbleiblichen innerpolitischen Kampf. Wenn das Zentrum jetzen Kurzen und durchsichtigen Kurs, den es bei den Reichspräsidentenwahlen verfolgt hat, beibehalte, kann man es bei Neuwahlen und bündlichen innerpolitischen Orientierungen höher bestehen als Partei, die einen vermeidbaren Konflikt zum Zaum brachen, um nachher doch zu spät, doch die Folgen verwerfen haben.

Das Papstjubiläum.

Die Gratulation des diplomatischen Korps.

Rom, 17. Dez. Der Papst hat Kardinal Faulhaber in längerer Privataudienz empfangen. Bei der Audienz des diplomatischen Korps, die heute mittag im Thronsaal des Vatikans stattfand, wurde der Dekan des diplomatischen Korps, der brasilianische Botschafter, die Huldigungsadresse an den Heiligen Vater, in der die Glückwünsche der diplomatischen Mitglieder zum goldenen Priesterjubiläum des Papstes niedergelegt sind. Pius XI. hielt eine Ansprache, in welcher die Gratulation mit Segenswünschen für die Wohlfahrt der Völker und Nationen zu fördern. Nachdem der Papst seine Rede beendet hatte, begrüßte das diplomatische Korps an ihn noch. Den Missionschefs wurde eine Audienzmedaille überreicht.

London, 17. Dez. Das Unterhaus hat das Arbeitslosenversicherungsgesetz in dritter Lesung mit 273 gegen 199 Stimmen angenommen.

Der „tiefere Sinn" des Volksentscheids.

Die Parteiführer des Hugenberg-Hitlerschen Volksbegehrens behaupten, daß sie den von ihnen aufgenommenen Kampf gegen Youngplan und Tributgesetz „tiefer Sinn" verfolgt: Volk, und dann zur alten-tiefen Volksgemeinschaft zu kommen. Im Wahrheit verfolgen sie aber ganz andere Ziele. Es kann in ihren letzten Reden gar nicht klarer sein, daß sie auf die Annahme ohne Rücksichtnahme des Youngplanes an, — denn sie sind nur Vorwand. Sie wollen und gar nicht die Volksgemeinschaft, verzichten nicht bei unter Volksgemeinschaft, hier noch nur die eine Bedeutung haben kann, daß sie alle Kräfte des deutschen Volkes ohne Unterschied der politischen Einstellung zusammenfaßt. Um an der Wiederaufrichtung für das Vaterland teilnehmen wollen. Die Vorkämpfer des Hugenberg-Hitlerschen Volksbegehrens verstehen offenbar ist unter Volksgemeinschaft etwas ganz anderes, nämlich die Zusammenfassung der jenigen Elemente, die sich und anderen einreden wollen, nur sie hätten die Vaterlandsliebe in Erbpacht genommen, die andersdenkende, die Masse aber Deutschland, die sie heißen dabeim zu bemerken, daß man den Mund recht voll nimmt und alles bedeutsam, was ihnen Willen nicht folgen will, sich stets sich aber an einem Sonder der Hugenberg-Hitlerkreise immer noch einige Unzufriedene, die es sich nicht vorlassen können, ihren innersten Gefühlen über und das Mundbud zu geben und bonst zu sagen, daß sie liegen, was der „Tiefere Sinn" des ganzen Volksbegehrens-Arguments nach ihrer Auffassung heißt soll.

Einen der Führer des Hugenberg-Kreises gibt eine Beispiel heraus, der kein Hehl aus seinem Ziel macht „Meer zur Volksgemeinschaft". In dieser Weise hat sich ein Hans Hemming Freiherr v. Grote über den „tieferen Sinn" des Volksbegehrens ausgesprochen. Es ist ein Kampfsatz, der alle gut nicht zu, daß in der Auseinandersetzung der Volksentscheids auf jene schwachen Kräften, das gelt dann zur Sache über. Es heißt, daß die Auseinandersetzung der Volksentscheids, und eine Wegsache des Volksentscheides, das Wesentliche des Kampfes ist aber, daß eine neue Front zu Werken begriffen sei, die Front der Gesamtheit, die Front der Gesamtheit, die Front der Gesamtheit, nicht zuletzt auch durch den Abgang einiger „Auch deutschnationaler" Abgeordneter aus der Hugenbergpartei bei neuen Wahlen zur Geltung kommen. Die Hugenbergpartei aber angelegt und damit einen Erfolg der ganzen Aktion herbeiführe, um den aktiv in sich schon gehabt habe: bei der Sachlung der Geister. Hiermit gehe es am 22. Dezember. — Alle mit Volksgemeinschaft sondern Scheidung, d. h. die Verteilung der Stimmen, die durch die Hugenberg-Hitlerschen Aktion im deutschen Volk angerichten worden ist. Dann, heißt es weiter, wird der Volksentscheid seine Wirkstatt bringen. Wann immer ich werde die weitere Konservativ-revolutionäre Wirkungsbewegung, die heute noch dem deutschen Volkstreuen überhaupt ist, in der Wirkstatt sein, wie doch der Zeichen immer mehr leisen dem der Klingen, der Wirkstatt nicht dem der Streitbaren. Wenn ich habe eine Wirkstatt der Gesamtheit, der Volksgemeinschaft, und auch das Deutschtum, gestalten und beeinflussen können. Endlich enthält Freiher Grote dann auch das Ziel, das hier nur Augen schaute. Er freilich es offen aus: Es ist ein Kampf um den Volksentscheid der Angriff gegen das „unreife und ehrgeizige Spitzen", das noch dekonzier Idealpartei durch den Marxismus und Bolschewismus zu Grunde ist, auf der ganzen Linie" der „neuen Front" einzleiet werden.

Wer also der „konservativ-revolutionären Weiterschauung" Vorschläge leisten will, wer sich mitschuldig machen will an der Vernichtung des deutschen Volkes, der wenn am 22. Dezember hingehen und seine Stimme für den Volksentscheid abgeben. Wer jedoch die friedliche Weiterentwicklung der deutschen Verhältnisse wünscht und den Verbrechen unter Deutschen verabscheut, der bleibt am 22. Dezember zuhause.

Französische Angst!

Paris, 17. Dez. Die Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der Kredite in Höhe von 290 Millionen Frs. für die Verteidigung der französischen Grenzen und von 400 Millionen Frs. für die Verteidigung durch die Luftwaffe fordert, die der Kriegsminister in den Haushaltsjahren 1930 bis 1932 zur Verfügung erhalten werden soll. Außerdem wird die Bewilligung eines weiteren Kredits in Höhe von einer Milliarde Frs. aus den allgemeinen Budget für 1930 für Bewaffnungszwecken beantragt.